

KONZERNE

Wulffs Schweigen

Ein interner Vermerk bringt den ehemaligen VW-Aufsichtsrat Christian Wulff in Schwierigkeiten. Er hatte offenbar früh Hinweise auf die Übernahmepläne Porsches.

Der Vermerk eines Beamten ist oft nicht viel wert, jedenfalls dann, wenn er vier Jahre alt ist. Eine ganz spezielle Notiz allerdings, ein paar Zeilen lang nur, kann man möglicherweise in Milliarden Euro aufwiegen.

Der interne Vermerk stammt vom 12. Februar 2008. Er könnte jetzt als wichtiges Beweismittel für Prozesse dienen, in denen es um Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe geht. Er belastet Bundespräsident Christian Wulff, der in seiner Zeit als Ministerpräsident Niedersachsens und VW-Aufsichtsrat eine entscheidende Rolle in der Übernahmeschlacht zwischen Porsche und VW spielte.

Die Notiz bringt auch den VW-Konzern in eine schwierige Lage, denn von Wulff können die klagenden Banken, Versicherungen und Hedgefonds die geforderten Summen nicht eintreiben, sondern allenfalls vom Wolfsburger Autohersteller, dessen Kontrollgremium der Politiker angehörte.

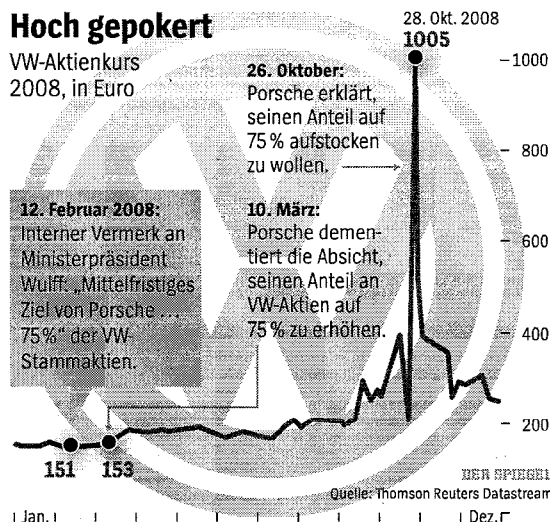
Die Mitteilung hat Mathias Middelberg verfasst, einst Chef der Wirtschaftsabteilung in Wulffs hannoverscher Staatskanzlei, jetzt CDU-Bundestagsabgeordneter. „Mittelfristiges Ziel von Porsche ist der Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags gemäß Paragraph 291 Absatz 1 Aktiengesetz, in der Regel 75%, hier gegebenenfalls 80%“, schrieb Middelberg seinem damaligen Ministerpräsidenten Wulff.

Es ist ein Satz, der im Jahr 2008 geeignet war, viel Geld zu bewegen. Hätte Wulff diese Aussage im Februar 2008 veröffentlicht, dann hätten manche Kapitalanleger ihr Geld vermutlich anders investiert, dann wären ihnen Milliardenverluste erspart geblieben, die sie jetzt durch Klagen in den USA und Deutschland ersetzt bekommen wollen. Aber VW-Aufsichtsrat Wulff ging mit dieser Information nicht an die Öffentlichkeit.

Das Schweigen des Christian Wulff und der Vermerk seines Mitarbeiters Middelberg bieten den klagenden Anlegern neue Munition. Die Bedeutung der Notiz erschließt sich allerdings erst, wenn man kurz zurückblickt ins Jahr 2008.

Porsche war drei Jahre zuvor bei VW eingestiegen und hatte seine Anteile Stück für Stück erhöht. Doch Porsche-Boss Wendelin Wiedeking erklärte stets: Man strebe nicht danach, 75 Prozent der VW-Aktien zu erwerben, was den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags ermöglichen würde. Ein solcher Schritt hätte Porsche die volle Kontrolle über VW verschafft und den Zugang zu den Barreserven der Wolfsburger von rund zehn Milliarden Euro.

Wulff traute dem Porsche-Boss nicht. Der Ministerpräsident vertrat das Land



Manager Wiedeking 2010: „Kleine Blechpatscher“

Niedersachsen, das gut 20 Prozent der VW-Stammaktien hielt, im Aufsichtsrat des Autokonzerns. Zusammen mit seinem Wirtschaftschef Middelberg kämpfte er an vielen Fronten, um den Einfluss des Landes auf VW zu wahren.

Der Jurist Middelberg war einer seiner wichtigsten Mitstreiter. Er kommt wie Wulff aus Osnabrück, die beiden kennen sich noch aus Zeiten, als Wulff Chef der Schüler Union war. Middelberg war ebenso misstrauisch gegenüber den Porsche-Managern wie sein Chef. „Die verarschen uns“, sagte er oft.

Viele Anleger, vor allem große Fonds und Versicherungen, dagegen glaubten den Beteuerungen von Porsche, man strebe keinen 75-Prozent-Anteil an VW an. Abenteuerlich erschien die Vorstellung, dass „die kleinen Blechpatscher aus Zufenhäusern“, wie Wiedeking die Sportwagenfirma ironisch nannte, den Weltkonzern VW schlucken könnten.

Der Aktienkurs von VW schien Anlegern deshalb sehr hoch. Viele verkauften im Jahr 2008 ihre Aktien. Oder sie spekulierten auf sinkende VW-Kurse. Sie schlossen sogenannte Leerverkäufe ab. Sie liehen sich VW-Aktien und verkauften sie. Später, bei niedrigeren Kursen, wollten sie die Aktien billig wieder erwerben und zurückgeben.

Als Porsche aber am 26. Oktober 2008 überraschend bekanntgab, das Unternehmen strebe doch einen Anteil von 75 Prozent bei VW an und habe bereits Aktien und Optionen für über 74 Prozent beisammen, explodierte der VW-Kurs. Die Aktie stieg zeitweise auf über 1000 Euro, der VW-Konzern war der wertvollste Konzern der Welt.

Für Anleger, die mit geliehenen Aktien gegen VW gewettet hatten, kam dies einem GAU gleich. Sie mussten VW-Aktien kaufen, ganz gleich zu welchem Preis, um sie zurückzugeben. Banken und Fonds verloren binnen weniger Tage mehrere Milliarden Euro.

Nun könnte man sagen, die Anleger hätten eben Pech gehabt und sich verspekuliert. Wer mitunter Milliarden gewinnt, kann auch mal Milliarden verlieren.

So einfach aber ist es nicht. Das Wertpapierhandelsgesetz will Anleger auch davor bewahren, ihr Geld falsch zu investieren, weil ein börsennotiertes Unternehmen wichtige Informationen verschwiegen hat.

Verfügt ein Unternehmen über eine „konkrete Information“, die „geeignet ist, den Börsenpreis erheblich zu beeinflussen“, muss es diese „unverzüglich veröffentlichten“. Als sogenannte Insiderinformationen



VW-Aufsichtsrat Wulff*: Anleger fordern Milliarden Euro Schadensersatz

gelten „auch solche, bei denen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass sie in Zukunft eintreten werden“.

In seinem internen Vermerk schreibt Middelberg, eine Erhöhung des Aktienanteils am VW-Konzern auf 75 Prozent sei das „mittelfristige Ziel von Porsche“. Middelberg warnte: Ein solcher Vertrag würde „Porsche den unmittelbaren Zugriff auf das untergeordnete Unternehmen VW einräumen, weil der Porsche-Vorstand dann direkt Weisungen an den VW-Vorstand geben könnte“.

Schwerwiegende Konsequenzen drohen auch dem Land Niedersachsen, das im Wolfsburger Kontrollgremium zwei Plätze besetzt: „Der VW-Aufsichtsrat wäre de facto entmachtet.“

Nach Ansicht des Kapitalmarktexperten Oliver Maaß hätte Wulff dem VW-Aufsichtsrat über seine Information berichten müssen. Dieser hätte dann den VW-Vorstand informieren sollen, der über die Herausgabe einer ad-hoc-Meldung hätte entscheiden müssen.

Auf die Frage des SPIEGEL, warum Wulff damals den VW-Aufsichtsrat nicht informiert habe, antwortet dessen Anwalt Christian von Lenthe: Wulff könne dazu keine Stellung nehmen, weil die Fragen einen unmittelbaren Bezug zu laufenden Klage- und Ermittlungsverfahren hätten.

* Am VW-Stand auf der Hannover Messe 2009.

Er weist aber darauf hin, dass Wulff gegen die Entmachtung des Landes Niedersachsen gekämpft hatte. Deshalb sei die Behauptung, er habe von einem vorzeitigen Aufstockungswillen von Porsche gewusst und nichts unternommen, abwegig.

Für die auf Schadensersatz klagenden Kapitalanleger ist Wulff nun dennoch eine zentrale Figur in ihrer Auseinandersetzung mit Porsche und VW. Anwalt Franz Braun, der 41 Banken, Versicherungen und Hedgefonds vertritt, sagt: „Wulff könnte das Zünglein an der Waage sein.“

Der VW-Konzern und Porsche sagen, dass sie die Klagen für unbegründet halten, und nehmen darüber hinaus keine Stellung, weil es sich um laufende Verfahren handelt.

Die Konzerne sehen sich einer ganzen Flut von Schadensersatzklagen ausgesetzt. Vor einem New Yorker Gericht fordern US-Fonds mindestens eine Milliarde Dollar. Vor dem Landgericht Braunschweig sind Klagen gegen Porsche und VW in Höhe von gut zwei Milliarden Euro anhängig. Vor dem Landgericht Stuttgart fordern US-Investoren knapp zwei Milliarden Euro. Und die Erben von Adolf Merckle wollen von Porsche über 200 Millionen Euro erstattet haben, die der Pharmaunternehmer mit VW-Aktionsoptionen verloren hatte.

Im Kern geht es stets darum, ob Porsche und VW die Anleger während der Übernahmeschlacht korrekt und rechtzeitig informiert haben.

Bislang gab es nur Hinweise darauf, dass Wulff frühzeitig informiert gewesen sein könnte. Aber sie waren interpretationsbedürftig. Der Vermerk vom 12. Februar 2008 dagegen ist eindeutig.

Middelberg hatte über diese und andere Notizen vor längerer Zeit ganz offen gesprochen, als er und Wulff noch stolz darauf waren, wie sie den Angriff von Porsche auf VW abgewehrt hatten. Er hatte sicher nicht geahnt, dass dieser Vermerk möglicherweise einmal eine wichtige Rolle für Schadensersatzklagen spielen könnte. Sonst hätte er geschwiegen.

Am vergangenen Freitag wollte er keine Stellungnahme dazu abgeben.

Realistisch einschätzen kann die juristische Gefechtslage derzeit wohl niemand. Viele Fragen sind offen. Beispielsweise, ob es dem VW-Konzern anzurechnen ist, dass sein Aufsichtsrat Wulff möglicherweise frühzeitig Hinweise auf die Porsche-Pläne hatte? Ob der Autokonzern dafür haftbar gemacht werden kann, dass er, weil Wulff ihn nicht informierte, keine Meldung herausgegeben hat.

Doch in Wolfsburg und Stuttgart ist die Nervosität hoch. Mehr als hundert Millionen Dollar hat Porsche klagenden Anlegern schon geboten, wenn sie ihre juristischen Angriffe einstellen. Die haben abgelehnt, weil sie sich höhere Entschädigungen versprechen. Ihre Neigung zum außergerichtlichen Vergleich dürfte nun noch geringer werden.

DIETMAR HAWRANEK